

## Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Nein: Bundesrat und Parlament

Nein: BDP, CVP, EDU, FDP, SVP

Nein: diverse Verbände und Organisationen

# Forderung der Initiative



- Aus- und Durchfuhrverbot von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern und sog. Immaterialgütern (Pläne, Technologie, etc.)
- 10-jährige Unterstützungspflicht des Bundes für betroffene Regionen und Personen
- **Doppelt verwendbare (Dual-use) Güter sind nicht direkt, aber indirekt betroffen!**

# 7 ähnliche Vorlagen scheiterten

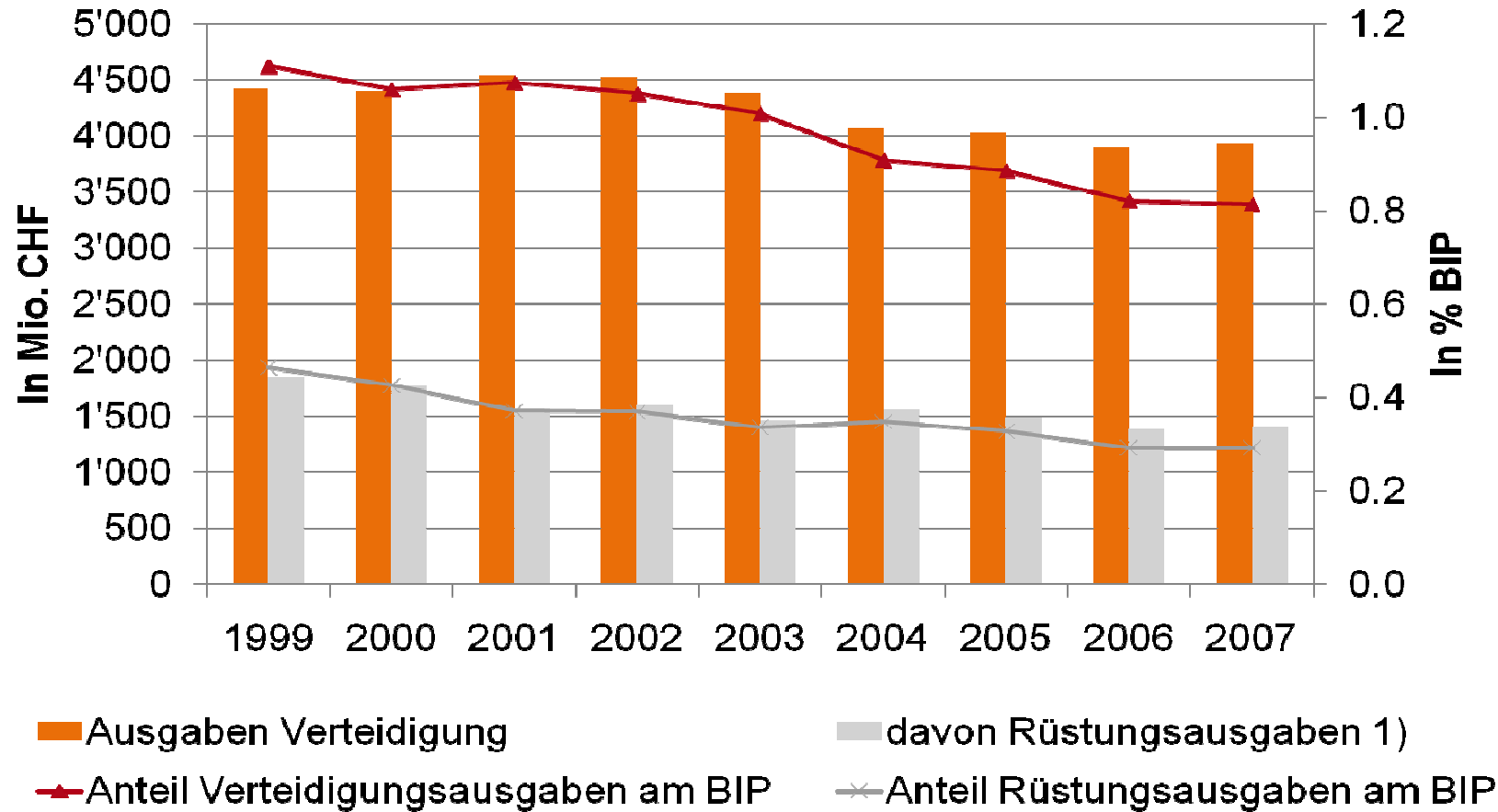


1987	Rüstungsreferendumsinitiative	NEIN
1989	Armeeabschaffungsinitiative	NEIN
1993	Waffenplatzinitiative	NEIN
1993	Anti-Luftwaffen-Initiative (F/A-18)	NEIN
1997	Kriegsmaterialausfuhr-Initiative	NEIN
2000	Umverteilungsinitiative	NEIN
2001	Armeeabschaffungsinitiative	NEIN

# Heimmarkt zu klein fürs Überleben



## Schweizer Ausgaben für Verteidigung und Rüstung



# Initiative vernichtet Arbeitsplätze

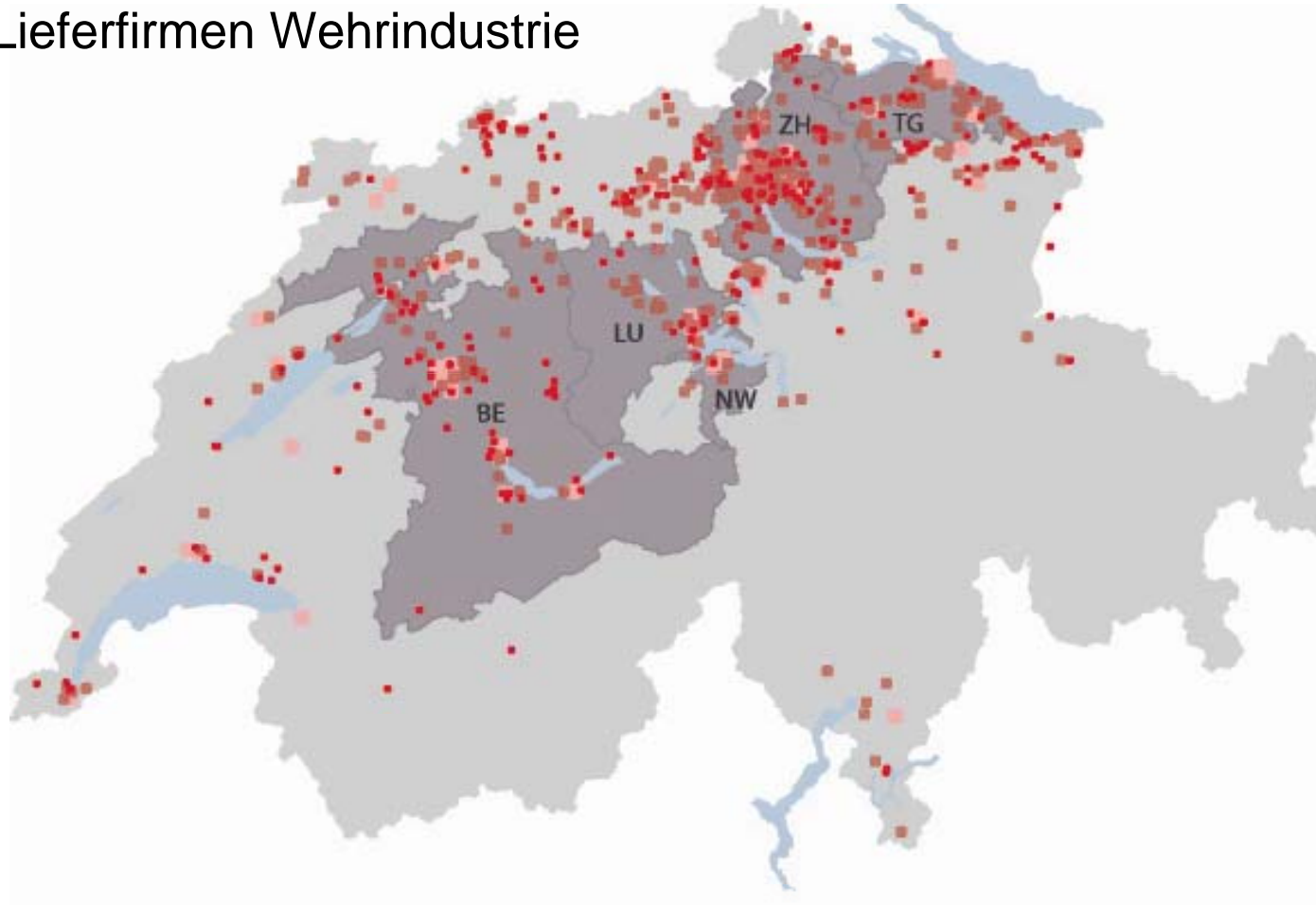


- 10'000 Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz betroffen
- Know-how und Innovationen gehen verloren
- Breite Betroffenheit der Industrie
- Dual-use-Güter sind eben doch betroffen

# Ganze Schweiz betroffen



Standorte Lieferfirmen Wehrindustrie



## **Hohe Kosten, kaum Nutzen**

- Kosten von mindestens 500 Mio. Franken
  - Wirkung sehr umstritten
  - Schafft staatlich subventionierte Konkurrenz in anderen Branchen
  - Gefährdet Arbeitsplätze in bestehenden Unternehmen
- ➔ **Ordnungs- und finanzpolitischer Unsinn**

# Initiative gefährdet die Sicherheit



- Verlust der heimischen Wehrindustrie = Vollständige Abhängigkeit vom Ausland
  - Know-how-Verlust bei Bedienung und Wartung komplexer Waffensysteme
  - Initiative ist weiterer Schritt zur schrittweisen Armeeabschaffung
- ➔ „Sicherheitsindustrie ist für Schweizer Armee zentral“ (André Blattmann, Chef der Armee)

# Die Initiative ist unnötig



- Strenge und wirksame Exportkontrollen
- Transparenz über Ausfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen
- Die Schweiz ergreift sofort Massnahmen bei Missbrauch
- Geringer Anteil der Schweiz am Weltmarkt

# Die Initiative ist schädlich



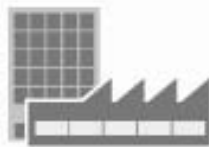
- Der Schweiz droht ein Verlust an...

...Unternehmen

...Arbeitsplätzen

...Know-how

...Steuergeldern



# Drei Hauptargumente für ein NEIN



- Die Initiative vernichtet 10'000 Arbeitsplätze und kostet den Steuerzahler CHF 500 Mio.
- Die Initiative vernichtet oder vertreibt einen Grossteil der Schweizer Wehrindustrie. Das führt zu Auslandabhängigkeit und schwächt die Einsatzbereitschaft der Armee.
- Die Initiative ist unnötig, da in der Schweiz bereits heute die restriktivste Gesetzgebung Europas gilt.